



Interessenten bei Wohnungsbesichtigung in Berlin-Neukölln

Immobilien

Ausländer unerwünscht

Studie des SPIEGEL und des Bayerischen Rundfunks zeigt Diskriminierung bei der Wohnungssuche.

Wer eine Wohnung mieten möchte, sollte keinen ausländischen Namen tragen: Gegenüber Wohnungssuchenden mit klassischen deutschen Namen hat er sonst deutlich schlechtere Chancen. Das ergab eine Untersuchung des SPIEGEL und des Bayerischen Rundfunks. Interessenten mit türkischem oder arabischem Namen werden demnach besonders stark diskriminiert. Sie gingen in jedem vierten Fall leer aus, wenn andere Interessenten zu einer Besichtigung eingeladen wurden. Datenjournalisten beider Medien hatten sich automati-

siert auf 6570 annoncierte Wohnungen in zehn deutschen Städten beworben. Die rund 20 000 Anfragen hatten sie mit unterschiedlichen Namen versehen; diese klangen deutsch, türkisch, arabisch, polnisch oder italienisch. Die Auswertung der rund 8000 Antworten zeigt: Auf den engen Mietmärkten in München und Frankfurt am Main ist die Diskriminierung besonders groß, und Männer mit einem arabisch oder türkisch klingenden Namen haben es noch schwerer als Frauen. Detaillierte Ergebnisse unter: www.hanna-und-ismail.de red

Bundeskriminalamt Mehr Hinweise auf Kriegsverbrechen

Die Zahl der Hinweise auf Kriegsverbrechen ist weiter gestiegen. Dem Bundeskriminalamt (BKA) wurden inzwischen mehr als 4100 mutmaßliche Verstöße gegen das Völkerstrafgesetzbuch gemeldet. Dazu zählen Kriegsverbrechen, Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Hinweise stammen überwiegend von Menschen, die nach Deutschland geflüchtet sind und bei ihrer Anhörung im Asylverfahren

entsprechende Angaben gemacht haben. Der Großteil der Hinweise bezieht sich auf den Bürgerkrieg in Syrien. Nach Angaben des BKA ermitteln die Staatsschützer des Bundes und der Länder derzeit in 40 Verfahren. „Mich erschreckt das System dahinter“, sagt Klaus Zorn, der BKA-Chefermittler in Sachen Kriegsverbrechen. „In der Welt des 21. Jahrhunderts ist eine Maschinerie des Mordens zu erkennen, die systematisch missliebige Menschen tötet und keinerlei Unrechtsbewusstsein erkennen lässt.“ jdl

Kulturpolitik Allianz mit Frankreich

Deutschland und Frankreich wollen gemeinsame Kulturinstitute aufbauen. Zu diesem Zweck sollen das Goethe-Institut und das Institut français stärker miteinander kooperieren. Pläne des Auswärtigen Amtes sehen vor, dass in den nächsten fünf Jahren weltweit mindestens zehn gemeinsame Einrichtungen entstehen. Später sollen sich andere Partner aus der Europäischen Union anschließen. Drei europäische Pilotprojek-

te starten derzeit in der Türkei: in den Städten Gaziantep, Diyarbakır und Izmir. Die deutsch-französische Kooperation ist eine Antwort auf die starke Konkurrenz durch Russland und China. Laut einer Studie, die das Auswärtige Amt bei der Hertie School of Governance in Berlin auftrag gab, sind die Chinesen mit ihrem Konfuzius-Institut weltweit bereits an 500 Standorten vertreten, Russland betreibt demnach 107 Kulturinstitute, Tendenz steigend. Deutsche Goethe-Institute gibt es an 159 Standorten. csc